

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

21.11.1921 (No. 272)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24, halbjährlich 48, jährlich 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung zwingender Beiträge und Kontenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Errichtung von Finanzämtern.

Am 1. Dezember 1921 wird in Kehl ein Finanzamt errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Kehl. Das Finanzamt übernimmt für diesen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Achern und des Steuerkommissärs, so wie des Steuererhebungsbeamten. Diese beiden Dienste werden auf denselben Zeitpunkt aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt wird im alten Rathaus der Stadt Kehl untergebracht.

Auf den gleichen Zeitpunkt wird in Wiesloch ein Finanzamt errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt die Gemeinde Wiesloch und vom Amtsbezirk Heidelberg die Gemeinde Ruchloch. Das Finanzamt übernimmt für diesen Geschäftsbezirk die Geschäfte der Finanzämter Schwetzingen und Heidelberg und des Steuerkommissärs, sowie des Steuererhebungsbeamten Wiesloch. Diese beiden Dienste werden auf den gleichen Zeitpunkt aufgehoben und mit dem Finanzamt vereinigt. Das Finanzamt wird in dem bisherigen Steuerkommissariatsgebäude untergebracht.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die bisherige, im allgemeinen günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat angehalten; die Erwerbslosenziffer ist gegenüber der Vorwoche noch um etwas gesunken, sie belief sich am Ende der Berichtswoche auf 837.

Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt hat sich nicht viel geändert, gesucht wurden insbesondere Berufsschweizer.

In der Metall- und Maschinenindustrie wurden Wiedner und Installateure, sowie Elektromonteur in größerer Zahl angefordert. Die Pforzheimer Edelmetallindustrie zeigt wiederum eine Besserung.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie ist unverändert hoch geblieben; in der Lederindustrie hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften gebessert.

Holz- und Schnitzstoffgewerbe sind flott beschäftigt. Das Vermittlungsgeschäft in der Tabakindustrie war ruhig.

Im Bekleidungsgebiete hat nunmehr auch die Nachfrage nach Schuhmachern örtlich schwach angezogen.

Der Bedarf an gelehrten Bauhandwerkern ist immer noch groß.

Im Handel hält die Nachfrage nach banktechnisch ausgebildetem Personal und nach Stenotypistinnen an. Die Ausschichten für gelehrtes und ungelehrtes stellensuchendes weibliches Küchenpersonal sind gut geblieben.

Eingehendere Vergleichung des vorläufigen Landtagwahlergebnisses am 30. Oktober 1921 mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen am 6. Juni 1920.

— Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt. —

(Schluß).

Die hervorzuhebendsten Erfolge hat die Mehrheitssozialdemokratie in den Wahlkreisen V und VI mit den Großstädten Karlsruhe und Mannheim errungen. In jenem ist die Stimmengiffer um 6697 und der Hundertanteil um 4,4 (von 20,0 auf 30,4), in diesem der Hundertanteil sogar um 5,7 (von 29,7 auf 35,4), die Stimmengiffer aber nur um 2008 gestiegen.

Am weitesten stärksten nahm die Anhängererschaft gemäßigt sozialistischer Anschauungen im Amtsbezirk Karlsruhe zu. 5351 weitere Stimmen sind der Sozialdemokratie allein in diesem Amtsbezirk zugeflossen, wodurch ihr Hundertanteil um 8,9 (von 23,1 auf 31,1) emporgeschwungen ist. Aber auch der Stimmengewinn der Mehrheitssozialdemokraten im Amtsbezirk Mannheim mit 2498 bedeutet eine nahezu ebenso starke Zunahme des Hundertanteils (von 30,0 auf 37,5 = 7,5). Besondere Erwähnung verdient noch die Stimmengewinnung dieser Partei im Amtsbezirk Lörrach. 1224 zugegangene Stimmen drücken sich in einer Erhöhung des Hundertanteils um 7,2 (von 19,0 auf 26,2) aus. Auch der Amtsbezirk Freiburg hat den Reichstagswahlen über 1000 (1097) weitere Stimmen eingetragen, die den Hundertanteil aber nur um 3,8 (von 15,8 auf 19,4) steigern konnten.

In 36 Amtsbezirken brachte die Sozialdemokratische Partei mehr Stimmen als 1920 auf und in nur 17 Amtsbezirken sind die sozialdemokratischen Stimmen von 16 bis 705 (im Amtsbezirk Weinheim) zurückgegangen. Die Hundertanteile sind in 32 Amtsbezirken gewachsen, in 20 zurückgegangen und in einem Amtsbezirk (Kehl) auf gleicher Höhe geblieben. Im ganzen Land konnte die gemäßigte Sozialdemokratie ihre Anhänger gegenüber 1920 um 14 298 vermehren und damit ihren Hundertanteil um 2,6 (von 20,1 auf 22,7) erhöhen. Wie für die Mehrheitssozialdemokratie sind auch für die Erfolge der Kommunistischen Partei die Wahlkreise V und VI von besonderer Bedeutung gewesen. Der Zahl des Stimmengewinnes nach ist wieder der V. Wahlkreis, nach der Zunahme des Hundertanteils der VI. Wahlkreis überlegen. 5959 beträgt der Stimmengewinn im Wahlkreis V, 5246 im Wahlkreis VI. Um 4,4 (von 2,8 auf 7,2) wuchs der Hundertanteil im VI. Wahlkreis, um nur 3,2 (von 1,7 auf 4,9) im V. Wahlkreis. Von den beiden großstädtischen Amtsbezirken steht bei den Kommunisten Mannheim an erster Stelle. Die linksradikalen Stimmen haben sich in diesem Amtsbezirk seit Juni 1920 um 4077, im Amtsbezirk Karlsruhe dagegen nur um

3482 vermehrt. Die Hundertanteile sind im Amtsbezirk Karlsruhe um 4,8 (von 0,8 auf 5,6), im Amtsbezirk Mannheim um 4,6 (von 3,0 auf 7,6) gewachsen. Aber auch im Amtsbezirk Schwetzingen des VI. Wahlkreises ist der Hundertanteil der Kommunistischen Partei um 4,7 (von 2,7 auf 7,4) in die Höhe gegangen bei einer Stimmengewinnung von 812. Über 2000 Stimmen (genau 2024) sind im Amtsbezirk Heidelberg des VII. Wahlkreises dem Wahlvorschlager der Linksrabikalen mehr zugefallen als 1920; dadurch hat der Hundertanteil dort um 4,1 (von 1,4 auf 5,5) erhöht. 1782 Stimmen sind im Amtsbezirk Lörrach des II. Wahlkreises von den Unabhängigen abgefallen und den Kommunisten zugeflossen, wodurch der Hundertanteil der letzteren in diesem industriellen Amtsbezirk am stärksten (um 8,8 oder von 3,1 auf 11,9) emporgeschwungen ist. Um mehr als 1000 (1555) haben die kommunistischen Stimmen sich noch im Amtsbezirk Konstanz vermehrt und den Hundertanteil von 0,1 auf 5,3 oder um 5,2 gesteigert. Zurückgegangen ist die Stimmengiffer der kommunistischen Wähler nur in 9 Amtsbezirken. Von diesen Stimmengewinnen sind lediglich diejenigen der Amtsbezirke Wadshut (um 466 unter Verminderung des Hundertanteils um 3,4 — von 5,4 auf 2,0) und Säckingen (um 228 unter Verminderung des Hundertanteils um 2,7 — von 4,5 auf 1,8) des II. Wahlkreises sowie des Amtsbezirks Freiburg des III. Wahlkreises (um 257 unter Verminderung des Hundertanteils um nur 0,1 — von 3,4 auf 3,3) bemerkenswert. In 2 dieser Amtsbezirke wurde sogar nur je 1 linksradikale Stimme weniger abgegeben als 1920. Der Hundertanteil ist in 43 Amtsbezirken gewachsen, in 4 Amtsbezirken gleichgeblieben und nur in 8 Amtsbezirken zurückgegangen. 20 907 Stimmen sind im ganzen Lande auf die kommunistischen Reichstagswähler mehr gefallen als bei den Reichstagswahlen 1920, wodurch der Hundertanteil insgesamt eine Steigerung von 1,5 auf 3,9 oder um 2,4 erfahren hat.

Die schon weiter oben im Zusammenhang mit den sozialistischen Flügelparteien im allgemeinen erwähnte linksradikale sozialdemokratische Partei hat entsprechend obiger Feststellungen in den Wahlkreisen V und VI ihre höchsten Verluste erlitten. Je über 20 000 Stimmen (im V. Wahlkreis 20 525, im VI. Wahlkreis 20 199) haben die Unabhängigen in diesen beiden Wahlkreisen seit 1920 eingebüßt und am Hundertanteil im V. Wahlkreis 10,4 (Mißgang von 13,7 auf 3,3), im VI. Wahlkreis sogar 12,7 (Mißgang von 19,8 auf 7,1) verloren. In den beiden großstädtischen Amtsbezirken Karlsruhe und Mannheim allein bedeutet das dort stattgehabte Absinken unabhängiger Wählermassen den Verlust von 8 Mandaten. 17 143 sind im Amtsbezirk Mannheim, 10 978 im Amtsbezirk Karlsruhe von der Fahne der Unabhängigen abtrünnig geworden und haben damit die Hundertanteile dieser sozialistischen Parteigruppe um 13,7 im ersteren (von 20,8 auf 7,1) und um 14,2 im letzteren Amtsbezirk (von 18,3 auf 4,1) herabgedrückt. Der Abfall ist ausnahmslos in allen Wahlkreisen und Amtsbezirken eingetreten. Tausende von Stimmen hat die Unabhängige Sozialdemokratie noch in den Amtsbezirken Pforzheim (4042), Heidelberg (4001), Lörrach (3854), Konstanz (3185), Rastatt (2648), Freiburg (2496), Durlach (2157), Schwetzingen (2104) usw. eingebüßt. Der Hundertanteil ist dabei am tiefsten gefallen im Amtsbezirk Lörrach, nämlich von 18,3 auf 0,4 oder um 17,9. Ein Sinken des Hundertanteils um 10 und mehr hat ferner in den Amtsbezirken Ettlingen (um 11,9), Schwetzingen (10,9), Durlach (10,8), Konstanz und Stodach (je 10,0) stattgefunden.

Sämtlichen bürgerlichen politischen Parteien haben die Landtagwahlen Stimmeverluste gebracht. Unter ihnen schneit die Zentrumspartei am weitesten tiefsten ab. Ihr zahlenmäßiger Gesamtverlust beziffert sich auf nur 2371 Stimmen bei gleichzeitiger Steigen des Hundertanteils um 1,5 (von 36,4 auf 37,9) infolge geringerer Wahlbeteiligung im Jahr 1921. Nur in 3 Wahlkreisen haben sich Verlustziffern an Zentrumstimmen gegenüber den Reichstagswahlen ergeben: 4145 im Wahlkreis III (Freiburg), 1915 im Wahlkreis VII (Heidelberg-Lörrach) und 504 im Wahlkreis VI (Mannheim). Zahlenmäßig sind die Stimmengewinne nur im V. Wahlkreis (Karlsruhe) mit 3805 von größerer Bedeutung. Geringe Einbußen am Hundertanteil brachten lediglich die Wahlen im III. Wahlkreis (von 48,5 auf 46,8 oder um 1,9) und im VII. Wahlkreis (von 37,7 auf 37,6 oder um 0,1). Die größte Erhöhung mit 2,8 (von 59,7 auf 62,5) ist am Hundertanteil im IV. Wahlkreis (Offenburg-Baden) bei einem Stimmengewinn von 568 eingetreten; um 2,5 (von 21,4 auf 23,9) wuchs er im Wahlkreis V. Aber auch die Abstimmung im VI. Wahlkreis bedeutet trotz der Stimmengewinne um 504 noch eine Steigerung des Hundertanteils um 2,0 (von 18,9 auf 20,9). In mehr als der Hälfte der Amtsbezirke (27) hat das Zentrum an Stimmen zugenommen. Die Gewinne schwanken zwischen 7 (Amtsbezirk Schopfheim) und 1508 im Amtsbezirk Bruchsal. Über 1000 (genau 1220) beträgt noch die Stimmengewinnung im Amtsbezirk Rastatt. Die Verluste in der kleineren Hälfte der Amtsbezirke (26) steigen von 26 im Amtsbezirk Pforzheim auf 2102 im Amtsbezirk Freiburg. Die nächstgrößte Stimmengewinnung zeigt der Amtsbezirk Tauberbischofsheim mit 1461; dann fällt die Verlustziffer auf 889 im Amtsbezirk Mannheim. Die höchste Steigerung des Hundertanteils kommt mehrwöchentlichweise mit 9,2 auf den Amtsbezirk St. Blasien (von 55,4 auf 64,6) bei einer zahlenmäßigen Zunahme der Stimmen um 192. Die erheblich schwächere Wahlbeteiligung in diesem Amtsbezirk des südbaden Schwarzwalds (um 843 oder 18,8 v. H.) hat also eine auffallende Verchiebung der prozentualen Anteile der Parteien zur Folge gehabt. Einen größeren Zuwachs als 5,0 am Hundertanteil weisen noch die Amtsbezirke Rastatt (von 63,4 auf 68,6 oder um 5,2), Stodach (von 45,3 auf 51,1 oder um 5,8), Rastatt (von 47,2 auf 52,3 oder um 5,1) und Ettlingen (von 42,9 auf 48,7 oder um 5,8) auf. Wesentlich höher sind einzelne Verluste der Zentrumspartei am Hundertanteil. Am höchsten Stelle steht der Amtsbezirk Bonndorf: der Hundertanteil fiel von 62,7 auf 49,4, somit um 13,3, weil der Wahlerfolg des Landbundes sich auf 33,0 v. H. bewertete. Ähnlich ist die Abnahme des Hundert-

anteils im Amtsbezirk Dreisbach, in welchem der Landbund sich sogar mit 39,0 am Hundert beteiligt; sie beträgt 12,7 (von 50,5 auf 37,8). Bemerkenswerte Anteilsrückgänge zeigen noch die Amtsbezirke Tauberbischofsheim mit 9,2 (von 79,3 auf 70,1), Borsberg mit 7,2 (von 54,8 auf 47,6), Dornausfängen mit 6,3 (von 58,9 auf 47,5) und Badlitz mit 6,1 (von 70,9 auf 64,8), während in dem oben mit der höchsten zahlenmäßigen Zunahme erwähnten Amtsbezirk Freiburg sogar eine Verbesserung des Hundertanteils um 0,4 (von 43,0 auf 43,4) sich ergeben hat. Ähnliche Verhältnisse zeigen noch die Amtsbezirke Fullendorf, St. Blasien (bereits angeführt), Paden, Bühl, Pforzheim, Mannheim und Mosbach, das umgekehrte Verhältnis (Stimmengewinn und Anteilzunahme) die beiden Amtsbezirke Säckingen und Schopfheim. 32 Amtsbezirken mit Steigerung der Hundertanteile stehen 20 Amtsbezirke mit gesunkenen Anteilziffern gegenüber; im Amtsbezirk Bühl ist der Hundertanteil bei einem Stimmenverlust von 829 auf gleicher Höhe (80,2) geblieben.

Die Deutsche liberale Volkspartei konnte bei einer Gesamtstimmengewinnung von 10 260 wenigstens ihren Hundertanteil auf annähernd gleicher Höhe wie bei den vorjährigen Reichstagswahlen halten; er ist von 6,8 auf 6,9, also um nur 0,1, zurückgegangen. Ein Stimmengewinn war ihr nur in zwei Wahlkreisen beschieden. Im V. Wahlkreis (Karlsruhe) konnte die Liberale Volkspartei auf Grund ihrer Erfolge in den Amtsbezirken Pforzheim (1470), Karlsruhe (771), Ettlingen (285) und Durlach (80) ein Stimmenplus von 2375 ihrem Wahlvorschlager aufzuweisen, der einer Erhöhung des Hundertanteils um 1,5 (von 6,4 auf 7,9) entspricht; im I. Wahlkreis (Konstanz-Ettlingen) beträgt der Stimmengewinn 1082, an welchem nur der Amtsbezirk Engen keinen Anteil hat, und die Steigerung des Hundertanteils 1,1 (von 1,9 auf 3,0). Den größten Verlust muß die Deutsche Volkspartei im III. Wahlkreis (Freiburg) buchen. Alle Amtsbezirke dieses Wahlkreises mit Ausnahme des Amtes Eitenheim brachten Stimmengewinne, namentlich aber die Amtsbezirke Freiburg (2548) und Emmendingen (2070). Im ganzen 4975 Stimmen weniger als im Vorjahr hat sie in diesem Wahlkreis erreicht und damit ihren Hundertanteil um 4,0 (von 9,8 auf 5,8) vermindert. Der nächstgrößte zahlenmäßige Verlust kommt mit 3590 auf den VII. Wahlkreis (Heidelberg-Mosbach) bei einer Abnahme des Hundertanteils um 2,2 (von 7,9 auf 5,7). Hierzu hat vorwiegend der Stimmengewinn im Amtsbezirk Heidelberg (2577) beigetragen. Im VI. Wahlkreis (Mannheim) und II. Wahlkreis (Wadshut-Lörrach) übersteigen die Stimmengewinne nur noch das zweite Tausend. Sie betragen in diesem 2205, in jenem 2612, doch ist der Rückgang am Hundertanteil mit 2,8 (von 5,0 auf 2,2) im II. Wahlkreis der empfindlichste, während er im VI. Wahlkreis nur 0,3 ausmacht (von 11,6 auf 11,3). Im II. Wahlkreis sind mit Ausnahme eines einzigen Amtsbezirks (Schönau) wiederum alle unter an dem Stimmengewinn beteiligt, von denen die Amtsbezirke Müllheim (1014), Lörrach (604) und St. Blasien (314) die größten Verlustziffern aufweisen. Im VI. Wahlkreis gibt der Stimmengewinn in Amtsbezirk Mannheim (2734) den Ausschlag. Nur unbedeutend erscheidet der Rückgang im IV. Wahlkreis (Offenburg-Baden).

Zusammengefaßt hat die Deutsche Volkspartei in 30 Amtsbezirken Verluste bis zu 2734 Stimmen (im Amt Mannheim) erlitten und Abnahmen ihrer Hundertanteile bis zu 11,8 im Amtsbezirk Müllheim (von 18,2 auf 6,4) erfahren, denen sie in den übrigen 28 Ämtern, abgesehen von den erwähnten Gewinnen im V. Wahlkreis (Karlsruhe), nur kleinere Stimmengewinne gegenüberzustellen hat.

Ganz wesentlich schlechter als die Deutsche Volkspartei schnitt die Deutschnationale Volkspartei bei den Wahlen ab, die durch die Abweichung der Wirtschaftsprüfung, insbesondere des Landbundes, empfindlich betroffen wurde. Alle 7 Wahlkreise sind an dem Stimmengewinn beteiligt, am weitesten stärksten der vorwiegend ländliche VII. Wahlkreis (Heidelberg-Mosbach), der nicht nur die bedeutendste Verlustziffer von 13 696 Stimmen, sondern auch eine Abnahme des Hundertanteils um nicht weniger als 8,6 (von 17,0 auf 8,4) zeigt. Mit einem Stimmengewinn von 6462 oder einer Abnahme des Hundertanteils um 4,4 (von 8,5 auf 4,1) steht der Verlust im ländlichen IV. Wahlkreis (Offenburg-Baden) an zweiter Stelle. Es folgen die Wahlkreise III mit 5762 (Hundertanteilabnahme von 11,3 auf 6,6 oder um 4,7), V mit 4563 (Abnahme des Hundertanteils von 18,0 auf 16,2 oder um nur 1,8), II mit 3653 (Abnahme von 9,3 auf 4,7 oder um 4,6 v. H.), VI mit 2367 (Abnahme von 9,7 auf 9,3 oder um nur 0,4 v. H.) und endlich I mit nur 1039 Stimmengewinn (Abnahme von 4,6 auf 3,8 oder um nur 0,8). Nur in den Amtsbezirken Wolfach und Weinheim haben die Deutschnationalen unwesentlichen Stimmengewinn erhalten (65 bzw. 8 Stimmen); diesem stehen in allen übrigen 51 Ämtern Stimmengewinne bis zu 3101 im weiter oben schon hervorgehobenen Amtsbezirk Kehl (IV. Wahlkreis) gegenüber. Verluste von über 2000 Stimmen brachten die Amtsbezirke Lahr (2791) des IV. Wahlkreises, Freiburg (2416) des III. Wahlkreises, Mannheim (2100) des VI. Wahlkreises und Wertheim (2011) des VII. Wahlkreises. Ausfälle von über 1000 Stimmen weisen die Amtsbezirke Lörrach (1510) und Schopfheim (1090) des II. Wahlkreises, Emmendingen (1165) des III. Wahlkreises, Pforzheim (1720) des V. Wahlkreises, Eppingen (1759), Heidelberg (1896), Eimsheim (1257), Müllheim (1193), Borsberg (1631) und Mosbach (1710) des VII. Wahlkreises auf. Der Hundertanteil der Deutschnationalen ist am meisten zurückgegangen im Amtsbezirk Eppingen des VII. Wahlkreises: von 37,0 auf 9,9 oder um 27,1. Mehr als 20 haben noch die Hundertanteile im Amtsbezirk Kehl des IV. Wahlkreises (von 29,9 auf 5,1 oder um 24,8) und in den Amtsbezirken Borsberg (von 27,0 auf 3,4 oder um 23,6) und Wertheim (von 34,7 auf 11,2 oder um 23,5) des VII. Wahlkreises abgenommen. Ein Sinken des Hundertanteils um 10 und mehr ist außerdem noch in 1 Amtsbezirk (Schopfheim) des II. Wahlkreises, 2 Amtsbezirken des III. Wahlkreises (Dreisbach und Eitenheim), 1 Amtsbezirk des IV. Wahlkreises (Lahr)

und 4 Amtsbezirken des VII. Wahlkreises (Sinheim, Adelsheim, Eberbach und Mosbach) eingetreten.

Der Gesamtstimmenergebnis der äusseren Wahlen stellt sich auf 37 541 und bedeutet ein Zurückgehen des Hundertanteils um 3,6 (von 12,9 auf 8,4).

Nächst den Unabhängigen ist die Deutsche demokratische Partei zu den Opfern des Wahlschicksals am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden. Wenn auch ihr zahlen- und anteilmässiger Verlust (um 40 231 oder um 3,8 am Hundertanteil — von 12,3 auf 8,5 —) nicht erheblich grösser ist als bei der äusseren Wahlen, so darf nicht außer Acht bleiben, daß durch die Wählerlose der den Rechtsparteien nahestehenden Wirtschaftsprüfung erfahren hat. Große Wahlverlorenheit und ein Abweichen zahlreicher unsicherer Wähler von der demokratischen Partei zum Zwecke der Unterstützung der neuen Wirtschaftsprüfung und der Liberalen Volkspartei haben den starken Rückgang der demokratischen Stimmen in allen Wahlkreisen verursacht. Nach der Zahl kommt der grösste Stimmenausfall mit 8587 auf den ländlichen Wahlkreis IV (Offenburg-Baden), nach dem Stellen des Hundertanteils steht der ebenfalls vorwiegend ländliche Wahlkreis II (Walldorf-Lörrach) an erster Stelle. In diesem ist bei einer Stimmeneinbuße von 6254 der Hundertanteil von 16,5 auf 8,6 oder um 7,9, in jenem von 12,5 auf 6,9 oder um 5,6 zurückgegangen. Nicht weit hinter dem Wahlkreis IV bleibt der Wahlkreis V (Karlsruhe) im Stimmenausfall (7805) zurück.

Den geringsten Stimmenergebnis zeigt mit 3145 der VI. Wahlkreis (Mannheim), der auch nur eine Verletzung des Hundertanteils um 1,1 (von 9,5 auf 8,4) zur Folge hatte. Auch nicht in einem einzigen Amtsbezirk konnte die demokratische Partei ihre Wählerzahl vom Juni 1920 wieder erreichen. Die Stimmenverluste schwanken von 62 im Amtsbezirk Schweigen bis zu 4474 im Amtsbezirk Karlsruhe. Im Amt Mannheim wurden 2847, im Amt Lörrach (II. Wahlkreis) 2600, im Amt Heideberg (VII. Wahlkreis) 2502, im Amt Rehl (IV. Wahlkreis) 2104, außerdem in 7 Amtsbezirken, nämlich zweien des I. Wahlkreises (Konstanz und Donaueschingen), je einem des II. (Wülshcim) und III. Wahlkreises (Freiburg), dreien des IV. Wahlkreises (Lahr, Baden und Nassau) und einem des V. Wahlkreises (Forstheim), 1000 und mehr demokratische Stimmen weniger als bei den letzten Reichstagswahlen abgegeben. Wie bereits beim Landtag erwähnt, kommt der grösste anteilige Verlust mit 16,8 auf 100 Stimmen auf den Amtsbezirk Rehl des IV. Wahlkreises. Der II. Wahlkreis entfällt allein 4 Amtsbezirke, in denen der Hundertanteil der Demokraten zugunsten der Bauernliste des Landbundes um mehr als 10 gefallen ist: im Amtsbezirk Bonndorf um 13,4 (von 18,0 auf 4,6), im Amtsbezirk Wülshcim um 12,5 (von 23,1 auf 10,6), im Amtsbezirk Lörrach um 11,6 (von 21,3 auf 9,7) und im Amtsbezirk Schopfheim um 11,3 (von 26,7 auf 15,4). Im I. Wahlkreis ist nur im Amtsbezirk Donaueschingen der Hundertanteil der demokratischen Wähler um 10,1 (von 21,2 auf 11,1) heruntergedrückt worden. Schließlich wurde noch im Amtsbezirk Adelsheim des VII. Wahlkreises der Hundertanteil um mehr als 10 (von 18,5 auf 4,7 oder um 13,8) vermindert.

Von dem gesamten Stimmenschwund im Lande mit 44 900 Stimmen allein 40 663 auf die drei sozialistischen Parteien und nur 4246 auf die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien und Gruppen. Die bisherigen Koalitionsparteien (Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten) haben 28 309, sämtliche übrigen Parteien und Gruppen die restlichen 16 600 Stimmen verloren. Auf die den Regierungsparteien nicht angehörenden bürgerlichen Gruppen entfällt dagegen ein Stimmengewinn von 88 366.

K a s t a t t e r .

Politische Neuigkeiten. Die Konferenz in Washington.

Zu den von China in der Kommission für den Fernen Osten vorgebrachten Vorschläge, die die Wiederherstellung der völligen Unabhängigkeit und Integrität Chinas bezwecken, berichtet das Reutersche Büro: Die amerikanischen Delegierten, die die Vorschläge Chinas annehmen, stellen sich auf den Standpunkt, daß die Fragen des Fernen Ostens nicht technische Fragen sind, die eine lange Prüfung durch Sachverständige erfordern, und würden es daher gerne sehen, wenn der Ausschuss oder die Vollversammlung sich unmittelbar an die Behandlung dieses Problems machten, ohne erst die Aufgabe einem der Unterausschüsse zuzuwenden, wenn es nicht unbedingt notwendig sei. Die französische Haltung wurde nach zweitägiger Beratung zwischen Briand und den anderen französischen Delegierten auseinandergesetzt. Frankreich wünscht China bei der Verwirklichung seiner territorialen, politischen und kommerziellen Bestrebungen zu unterstützen. Frankreich ist bereit, Kwangschauwan aufzugeben, vorausgesetzt, daß Großbritannien Weihaiwei und Japan Schantung und die Halbinsel Port Arthur aufgibt.

Shakespeares Kaufmann von Venedig im Bad. Landestheater.

Die vorgelegte Aufführung des neuinstudierten Shakespeareschen Lustspiels „Der Kaufmann von Venedig“ gleicht zu den besten Klassikeraufführungen, die wir in den letzten zwölf Jahren am hiesigen Theater erlebt haben. In erster Linie ist das ein Verdienst dessen, der das Stück in Szene gesetzt hat, also des Intendanten Volknert. Herr Volknert, der uns schon mit dem neuinstudierten „Don Carlos“ eine freudige Überraschung bereitet hat, hat auch mit dieser neuen Aufführung gezeigt, daß es sein ernstlicher Wille ist, das klassische Schauspiel, das bisher in künstlerischer Hinsicht bei uns als ein Stiefkind behandelt wurde, so zu pflegen, daß auch das gebildete karlsruher Publikum wieder gerne in die Vorstellungen geht und gerne für ein paar Stunden untertaucht in der Welt unserer großen Dramendichter.

Regietechnisch war alles aufs sorgsamste vorbereitet. Infolgedessen klappte das Szenische ganz vorzüglich. Es war möglich, die Aufführung in nicht ganz drei Stunden glatt und reibungslos, gleichzeitig aber mit ungemein starker, echt lustspielmäßiger Wirkung herauszubringen. Unterstützt wurde der Intendant durch unsern gar nicht hoch genug zu schätzenden Theatermaler, Herrn Emil Burkard, — der auch diesmal wieder Bühnenbilder von lichter Schönheit geschaffen hat. Auch der anspruchsvolle Besucher wird gemerkt haben, daß hier die Hand eines Künstlers walte, der nicht nur ästhetisch ausserordentlich ist, sondern auch den rechten Sinn für das kulturhistorische Bedeutsame, wie für das theatermäßige Wirkungsvolle besitzt.

Was das Ensemble betrifft, so spürte man auch hier das Walten des kundigen, zielbewussten Regisseurs, der bei der Einstudierung eines solchen Dramas vor allem das eine Ziel vor Augen hat: in einheitlicher und geschlossener Form dem künstlerischen Willen des Dichters zur Verwirklichung zu verhelfen, ihn so zu Wort kommen zu lassen, daß die Eigenart, der Stil dieses Dichters restlos gewahrt bleibt. Auch dieses Ziel hat Herr Volknert im großen und ganzen erreicht. Wenn es nicht vollends erreicht wurde, so liegt das

Frankreich ist außerdem bereit, seine extraterritorialen Vorrechte aufzugeben, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte bereit sind, daselbe zu tun. Frankreich ist jedoch der Ansicht, die Extraterritorialität müsse aufrechterhalten werden, bis es klar sei, daß die chinesische Republik den Ausländern genügenden Schutz und Gerechtigkeit angedeihen lassen kann. — Admiral Kato hat die ostasiatische Kommission erlitten, ihm eine Frist von mehreren Tagen zu geben, um den Entwurf Chinas zu studieren. Dieses Ersuchen ist gewährt worden.

Zur Reparationsfrage.

Im Anschluß an die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Garantienkomitee Ende September und anfangs Oktober war die Reparationskommission nach Berlin gekommen, um die Frage zu prüfen, in welcher Weise die nächsten Zahlungen nach dem Ultimatum von London bewirkt werden könnten. In den Besprechungen mit Vertretern der deutschen Regierung hat sie die Forderung aufgestellt, daß diese Zahlungen nötigenfalls durch Inanspruchnahme ausländischen Kredits bewirkt werden müßten.

Der Reichsanwalt hat der Reparationskommission vor ihrer Abreise das folgende Schreiben übergeben: „Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung des Jahresanwärtens zu dem Mittel des Kredits zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis ihres guten Willens zu geben, bereit, eine solche Kreditoperation vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden würde, kommt es in erster Linie auf die Vorschläge desjenigen an, der das Geld herleihen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie fühlt sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Rückzahlung des Kredits eine außerordentlich schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reiches entstehen wird, und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.“

Die Umgestaltung der Eisenbahn.

Zu der Frage der Umgestaltung der Reichseisenbahnen wird von beteiligter Seite u. a. mitgeteilt: Die Frage, ob die Eisenbahn ihren Aufgaben gerecht werden kann, sei auf Grund der bisherigen Erfahrung zu bejahen, wenn auch die Schwierigkeiten der Lösung nicht zu verkennen seien. Es könne gesagt werden, daß auf dem Gebiete des Betriebes die Kriegsauswirkungen größtenteils überwunden worden seien. Was die finanziellen Seite anbelange, so habe die Verwaltung auf die Höhe der tatsächlichen Ausgaben immer nur geringen Einfluß. Der allgemeinen Preissteigerung könne die Verwaltung nicht entgegenzutreten. Hinsichtlich der Kohlen leide die Bahnverwaltung heute noch unter der zu geringen Förderung.

Daß das Personal zu hoch bezahlt sei, werde niemand behaupten. Die Verringerung der Kopfzahl, die seit 1919 um 50 000 Köpfe abgenommen habe, stoße auf Schwierigkeiten aus den noch geltenden Demobilisierungsvorschriften. Die Aufhebung dieser Vorschriften sei beantragt. Ein Arbeitszeitgesetz sei im Entwurf fertiggestellt. Es solle unter grundsätzlicher Wahrung des Achtstundentages einer gerechten und wirtschaftlichen Verwendung des Personals den Weg ebnen. In Verbindung mit anderen Maßnahmen würde es verhältnismäßig in kurzer Zeit erreicht werden, daß der Aufwand der zu leistenden Arbeit entspricht. Die Angleichung der Einnahmen an die Ausgaben sei nur zu erreichen, wenn in der Tarifpolitik die frühere Zurückhaltung aufgegeben werde. Die Gütertarife werden nach der bevorstehenden Erhöhung des Wages des Friedenszustandes betragen.

Bei den Tarifen für den Personenverkehr beträgt die Steigerung in der I. Klasse etwa das Doppelte, in der dritten und vierten Klasse das Fiedenfache des Friedenspreises. Unter der Voraussetzung, daß weiteren Ausgaben durch Steigerungen begegnet werden kann, wird der Haushaltsplan für 1922 ohne Defizit durchgeführt werden können. Das Reichsverkehrsministerium ist davon überzeugt, daß ein privatwirtschaftliches Unternehmen im wesentlichen nicht anders vorgehen würde.

Daß die Eisenbahnen in Privat Händen dem einer wirtschaftlichen Geschäftsführung abträglichen Einflüsse der inneren und äußeren Politik mehr entgegen wäre, sei anzunehmen, aber eine völlige Befreiung von diesen Rücksichten wäre nicht zu erwarten. Das Reich würde sich der Einwirkung auf den wichtigsten volkswirtschaftlichen Faktor nicht völlig entziehen können. Die Frage der Entpolitisierung der Reichseisenbahnen im Sinne der Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Freiheit lasse sich auf anderem Wege erreichen.

Durch Annahme privatwirtschaftlicher Grundzüge kann die in 15jähriger mühseliger Arbeit angebahnte Gesundung der Reichsbahnen beschleunigt werden, ohne daß die Übergabe der Bahn in Privat Hände und damit die Preisgabe der politischen und volkswirtschaftlichen Vorteile, die dem deutsche Volk aus dem Reichsbetriebe erwachsen sollen, notwendig wäre.

eben daran, daß es nach einer jahrelangen Periode der Stagnation unmöglich ist, heute schon einem jeden Bühnemitglied den Geist der Unterordnung unter den ästhetischen Gesamtwillen eines Stückes einzuprägen. Damit soll jedoch keineswegs gesagt werden, daß die Mitwirkenden es irgendwie an Arbeitskraft willig sein hätten lassen.

Im Gegenteil! Auch den Darstellern gebührt in ihrer Gesamtheit ein Wort beträchtlicher Anerkennung. Allerdings glaube ich, daß man eine Rolle noch viel stärker gewirkt hätte, wenn eine noch bessere darstellende Kraft zur Verfügung gestanden hätte. Aber vielleicht sind die Wünsche, die ich hier hege, zurzeit zu weitgehend. Diese Wünsche werden aber erklärt durch die Liebe zum Dichter selbst, den ich mir eben gar nicht schön genug ausgeführt vorstellen kann.

Zudem muß ich anerkennen, daß es dem neuen Intendanten in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, unser Ensemble so wertvoll zu ergänzen, daß eine ganze Reihe von ästhetischen Vorkommnissen, die man früher empfand, heute ausblieben. Wenn Volknert so fortfährt, wird er uns sicherlich in baldigen Aufführungen schenken, die auch in jeder Beziehung ein gewisses Höchstmaß von Anforderungen befriedigen. Denn daß Volknert auf dem einmal beschrittenen Wege nicht halt machen wird, darf man wohl nach seinen bisherigen Leistungen ohne weiteres voraussetzen.

Am bedenklichsten war diesmal die Besetzung der Frauenrollen. Frau Ermarth, die eine sehr kluge Schauspielerinnen ist, hat sich mit der Rolle der Portia gut aus der Affäre gezogen. Solange wir nichts Besseres haben, dürfen wir mit ihrer Leistung zufrieden sein und uns der Tatsache erfreuen, daß hier wieder einmal die lobende Gutmütigkeit echter künstlerischer Begeisterung triumphiert hat über die nackte Zahl, die im Geburtschein berechnet ist. Kritische Einwände sind nur zu erheben gegen die Art und Weise, wie Frau Ermarth die Begrüßungsszene mit Bassanio (im dritten Akt) spielte. Hier wurde das Wollen des Dichters zuunehmen einer schon beinahe das Nymphomaniache streifenden Auffassung ignoriert. Aus den Versen Shakespeares geht klar hervor, daß die Liebe der Portia erhalten, aber nicht in einer derartig brünstigen Form zum Ausdruck gelangen soll.

Deutscher Reichstag.

In der Sitzung am Samstag wurde zunächst der Bericht des Ausschusses zur Förderung des Wohnungsbaus angenommen. Dem Bericht zufolge beläuft sich der jährliche Wohnungsbedarf an 180 000 Wohnungen, doch sind seit dem Kriege nur etwa 400 000 Wohnungen errichtet worden. Es muß daher nach Ansicht des Ausschusses mit öffentlichen Mitteln geholfen werden und zwar sollen die noch niedrigen Mieten in den alten Häusern belastet werden. Die Regierung soll ein Bauprogramm für die Jahre 1922 und 1923 vorlegen.

Sodann wurde ein Antrag aller Parteien zur Abänderung der Angestelltenversicherung, wonach vor dem 10. Juni beantragte Lebensversicherungen befreit werden sollen (grundsätzlich sollen nur solche Policen befreit werden, deren Prämien dem Betrag des Angestellten zur Zwangsversicherung gleichkommt) angenommen, ebenso der Bericht über das Unterhaltungs-gesetz für Erwerbslosenfürsorge, nachdem Arbeitsminister Dr. Brauns die Notwendigkeit der Erhöhung, die durchsämmtlich ein Drittel des bisherigen Satzes ausmachen soll, anerkannt hatte. Des weitern nahm das Haus eine Entschließung des Beamtenausschusses an, in der die Regierung ersucht wird, die Einstellung von Beamtenanwärtern in allen Zweigen der Reichsverwaltung bis zur Beratung des Reichshaushalts für 1922 zu unterlassen und die außerplanmäßigen Beamtenstellen nach Möglichkeit mit Wartegeldempfängern und Beamten aus den abgetrennten Gebieten zu besetzen. Bei der darauf folgenden ersten Lesung des Gesetzentwurfs auf Erweiterung des Abänderungsgesetzes betr. Bezirksämtern unter Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen, stellten die Kommunisten einen Antrag auf Freilassung der im Zuchthaus Lichtenburg bei Torgau im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen. Im Laufe der erregten Debatte, in der die Abg. Rosenfeld (USP.), Koenen (Komm.), Levi (Komm. Arbeitgem.), Ledebaur (USP.), und Gröbner (USP.), den Justizminister heftig angriffen, empfahl Reichsjustizminister Dr. Kahrbach die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs und erklärte, daß das Reich auch in bayerischen Fällen von Rechts wegen das Recht der Amnestie habe. Er habe im Rechtsauspruch erklärt, daß es politisch nicht opportun wäre, in bayerischen Rechtsverhältnissen einzugreifen. Der Hungerstreik in Lichtenburg sei eine Torheit. Der Minister sprach von ungefähren Tätigkeitsfällen von rechts und links. (Große Anruhe rechts). Die Kommunisten demonstrieren diesen Hungerstreik. Er ist im wesentlichen eine Demoralisation. Ich gedenke nicht, davor zurückzujucken. (Lärm bei den Kommunisten). Wohin sollten wir sonst kommen? Augenblickliche Lebensgefahr besteht für keinen Gefangenen. Sie befinden sich in ständiger ärztlicher Beobachtung. Weil das Personal für die Hungernden verstarbt worden ist, ist die Schuppe als Aufsichtspersonal für die anderen Gefangenen herangezogen worden. Mein Kommissar ist in der Nacht heute eingetroffen und wird die Überführung aller Kranken in das Krankenhaus anordnen. Zu einer Strafsatzung lassen wir uns nicht durch einen Hungerstreik nicht zwingen. (Weißel bei der Mehrheit, Pfuirufe bei den Kommunisten.) Gnadengesuche werden geprüft. Ungeprüft können wir niemand begnadigen. Es handelt sich auch nicht um sogenannte einfache politische Verbrecher in Lichtenburg. Ein Gefangener hat eine Eisenbahnlinie gesprengt. (Hört! Hört!) Weinade wäre ein Zug mit Verlegten entgleist. (Hört! Hört!) Solche Fälle sind natürlich von der Begnadigung ausgeschlossen. Die Begnadigungsgesetze geht weiter. In 706 Fällen erfolgte Begnadigung; 550 Fälle wurden abgelehnt. Ich werde heute vorschlagen, Zuchthausstrafen in Festungshaft zu verwandeln. Sämtliche Zuchthausurteile der Sondergerichte werden nachgeprüft. In 257 Fällen sind bereits Begnadigungen erfolgt. Durch den Hungerstreik wird die Amnestie nicht erzwungen werden. Solange Sie (zu den Kommunisten) auf das Kampfmittel der Gewalt nicht verzichten, können Sie nicht von uns verlangen, daß wir die Amnestie erlassen. (Pfuirufe der Kommunisten).

Weiter erinnerte der Justizminister daran, daß die Sowjetregierung bei der letzten Amnestie erklärt habe, sie wolle ihren bisherigen Feinden volle Freiheit geben, wenn sie ihre Anschläge gegen die Regierung einstellen. Die Sozialrevolutionäre hätten es abgelehnt, diese Erklärung abzugeben. Die Abg. Müller-Franken (Soz.) und Dr. Haas (Dem.) wiesen die Angriffe der Unabhängigen und Kommunisten zurück. Der kommunistische Antrag auf Freilassung der Hungerstreikenden wurde abgelehnt. Zur Prüfung der Aufträge in den Gefängnissen wurde ein Ausschuss eingesetzt. Die Vorlage geht an den Rechtsausschuss.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beantwortete Reichsminister des Innern Dr. Kahr noch die kommunistische Interpellation über das Verbot des Landens russischer Schiffe in Deutschland, worauf sich das Haus nach kurzer weiterer Besprechung vertagte. Die nächste Sitzung soll in der Zeit vom 6. bis 13. Dezember stattfinden.

Sturmzügen im preussischen Landtag. Zu Beginn der vorgestrigen Sitzung des preussischen Landtags beantragte der Kommunist Kahr vor Eintritt in die Tagesordnung, den kommunistischen Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, der die Befreiung der im Ge-

Fräulein Czernach hatte als Jessica einige sehr glückliche Momente, Momente, in denen vor allem der befreundete Reiz ihres Organs Bemerkung erweckte. Dafür gab es wieder Augenblicke, in denen sie uns in ihrem Spiel an Frau Ermarth vor zehn Jahren erinnerte, und zum Schluß schien sie den Pathos der Rolle überhaupt verloren zu haben; denn sie spielte nicht mehr eine gärtliche, verliebte Kate — und das ist diese Jessica —, sondern sie mimte mit strengen Augenbrauen und ehernem Antlitz eine arabische Fürstin, der sieben eine Kerle aus der Krone gefallen ist. Daß sie auch dabei sehr hübsch und sehr kulturvoll aussah, darf jedoch nicht verschwiegen werden.

Sehr lieblich und ansprechend gab sich Fräulein Gerl in der Rolle der Nerissa, wie denn überhaupt das Engagement dieser Künstlerin ein ganz besonders guter Griff zu sein scheint.

Was die männlichen Rollen anlangt, so traten Herr Dahlen und Herr Endlein als neue Kräfte vor das Publikum. Und auch hier hatten wir wieder den Eindruck, daß der neue Intendant mit seinen bisherigen Engagements eine außerordentlich glückliche Hand befunden hat. Herr Dahlen gab den Bassanio mit einem edlen Schwung und mit einem herrlichen Feuer, das das Publikum mit fortreißen mußte. Nirgend aber litt die technische Durchführung der Rolle unter diesem Feuer. Immer war es der Hare Wille eines Künstlers, der die darstellerischen Mittel mit Kraft und Besonnenheit zu bändigen wußte. — Sehr interessant war das Spiel des Herrn Endlein als Graziano. Während der bisherige Vertreter seines Fachs sich als für das klassische Schauspiel ungeeignet erwies, bringt Herr Endlein offenbar eine ausgesprochene Befähigung für die Gestaltung klassischer Jungmannrollen mit. Sein Spiel zeigte von einer vollkommenen Beherrschung der technischen Mittel, gleichzeitig aber von einer feinen, humorvollen Begabung, die es ihm erlaubte, seine Darstellungen noch extra zu würzen.

Sehr vornehm und würdevoll spielte Herr Bürkner den Antonio. — Das Publikum, das erfreulicherweise das Haus bis auf den letzten Platz füllte, nahm die Aufführung mit sehr starkem und sehr herzlichem Beifall auf. C. A. M. e. n. d.

Langens Lichtenberg im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen fordert. Der Antrag scheiterte an dem Einspruch des Abgeordneten v. Campe (Deutsche Volkspartei). Von den Kommunisten wurde der Einspruch mit Beschimpfungen dieses Abgeordneten beantwortet. Das Haus stimmte der vom Altkreisrat vorgeschlagenen Regelung der Angelegenheit zu, nämlich eine Kommission von Vertretern aller Parteien zusammenzusetzen, die sofort in Gemeinschaft mit einem Vertreter des Justizministeriums nach Lichtenberg fahren, die nötigen Maßnahmen treffen und etwa vorliegende Missstände abstellen solle.

Das Haus wollte sodann die Beratung des Haushalts der Gefängnisverwaltung fortsetzen, jedoch beantragte Abg. Kay die Unterbrechung der Tagesordnung zur Entgegennahme des Berichtes des interfraktionellen Ausschusses zum Lichtenberger Hungerstreik. Der Widerspruch des Abg. Held (D. Vpt.) brachte den Antrag zu Fall, worauf die Kommunisten mit lärmenden Beschimpfungen der Reden antworteten. Abg. Kay erklärte von dem Rednerpult aus: Nachdem es sich zeigte, daß die ganze Kommission absichtlicher Schwindel ist, können wir unmöglich Ihren Quatsch weiter anhören. Hierfür wurde der Redner zur Ordnung gerufen. Gleichfalls erhielt der Abg. Schulz-Kneußlin einen Ordnungsruf, weil er die Arbeit der Kommission als schäufliche Komödie bezeichnete. Den zweiten Ordnungsruf erhielt Schulz für die Bemerkung, es sei eine schamlose Handlungsweise des Ausschusses. Abg. Stendel (D. Vpt.) machte einen Zwischenruf, worauf Abg. Schulz mit geballter Faust antwortete: Sie schamloser Rube, Sie!

Während dieser Szene fanden heftige Auseinandersetzungen zwischen den um die Tribüne sich drängenden kommunistischen und anderen Abgeordneten statt. Der Vizepräsident rief den Redner zum dritten Mal zur Ordnung und befragte das Haus, ob es ihn weiter anhören wolle. Der Lärm verstärkte sich, als dem Abg. Schulz das Wort entzogen wurde, dieser aber an seinem Platz stehen blieb und weiter heftige Angriffe gegen den interfraktionellen Ausschuss richtete. Von anderen kommunistischen Abgeordneten wurde nach rechts gerufen: „Ihr schamlose Vandalen! Die Bande muß raus!“ Abg. Schulz ergriff das neben ihm stehende Wasserglas u. goß dessen Inhalt in weitem Bogen über die in der Nähe stehenden Abgeordneten der Rechten. In dem allgemeinen Lärm und Durcheinander bemächtigte sich Abg. Kay der Präsidentenloge. Der Vizepräsident verließ unter Tumult des Hauses seinen Platz, während die Lärmigen weiter anhielten. Abgeordnete der Kommunisten und Mehrheitssozialisten wurden handgemein und von Parteigenossen getrennt. Die Tribüne wurde geräumt, nachdem zwei Reute heruntergerufen hatten: „Nach die Gefangenen; nieder mit dieser Bande hier!“ Gegen 3 Uhr zog sich der Altkreisrat zu einer Besprechung zurück. Die Sitzung wurde unterbrochen und soll am Montag wieder aufgenommen werden.

Pressestimmen zum Demokratischen Parteitags.

Die Pressestimmen zum Bremer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei legen überwiegend den Nachdruck darauf, daß die Reichstagsfraktion nur ein stark modifiziertes Vertrauensvotum erhalten und auch in den Verhandlungen sehr wenig positive Zustimmung gefunden habe. Der Abg. Haas betont in einem Artikel, den der parteioffizielle Demokratische Zeitungsdienst verbreitet, wie schon in seiner Parteitagsrede, daß in der Kompromißfrage über die Fragen, die aus Anlaß der letzten Regierungsbildung zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben, geschwiegen werde. Der Rückblick der „Vossischen Zeitung“ beginnt mit der Feststellung, daß es in Bremen eine sehr starke Opposition gegeben habe, und daß es gänzlich unmöglich gewesen wäre, die Mehrheit der Delegierten zu bewegen, der Führung irgendwelcher Anerkennung zu spenden. Das „Berliner Tageblatt“ schildert die Entstehung der Kompromißformel, auf die schließlich eine große Mehrheit sich einigte:

„Die Reichstagsfraktion, deren Politik die Angriffe der Opposition in der Hauptsache galten, stellte die Kabinettsfrage und verlangte die Annahme einer Entschließung, die ihr unter Verzicht auf eine Stellungnahme zur Vergangenheit das Vertrauen für die Zukunft aussprach, indem sie jede andere Erklärung für untragbar bezeichnete. Auch die Minderheit der Fraktion, deren Meinung die Opposition des Parteitages am Grunde vertrat, schloß sich durch den Mund des Abgeordneten Haas dieser Auffassung an. Wollte die Opposition, die aus den Führern der demokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, sowie der Jugend und einer Anzahl weiterer namhafter Politiker bestand, diesen Druck mit einem gleichartigen Gegenruck erwidern, so mußten sie für den Fall der Ablehnung ihres Antrages ihren Austritt aus der Partei anknüpfen. Dieser Weg kam nicht in Frage. Er bedeutete die Verschlagung der Partei, die damit aufgegeben hätte, ein selbständiger politischer Organismus zu sein. So kam man zu einem Kompromiß, das deshalb nicht leicht verständlich ist, weil seine beiden Komponenten auch schon aus Kompromissen hervorgegangen sind.

Konzert-Wochen-Rückblicke.

Der Liederabend, den die Altistin unseres Landes-Theaters, Fräulein Paula Weber, vergangene Woche im Saal der Viehzahreszeiten gab, stand im Zeichen der Wohltätigkeit. Leider hatte der Ruf nur ein schwaches Echo geweckt, so daß der finanzielle Gewinn nicht allzu groß gewesen sein wird. Unbestritten jedoch war der künstlerische. Das Gebotene stand weit über dem Durchschnitt. Fräulein Paula Weber ist nicht nur eine Bühnensängerin von Rang, sie versteht auch aus dem Lied, vor allem dem ernsten, getragenen Lied, tiefe Stimmungen zu schöpfen. Neben Schubert und Schumann waren es ganz besonders die vier ersten Gesänge von Brahms, die eine eindrucksvolle, reife Interpretation erfuhren. Ihr drei flutender, passiver Alt wurde zum lebendigen Träger jener feinsten Empfindungen, die Brahms in die Welt der Musik gesenkt hat. Ein Mikroriff war es, daneben Rieder eines Modernen zu stellen, die mit äußerster Mühe, mit wenig Geschmeid und noch weniger Erfindungsgröße und Originalität gearbeitet sind. Als Begleiter am Flügel debütierte Hermann Wehlar. Sein Spiel ließ, was nicht zu verwundern, manchen Wunsch unerfüllt. Man sollte die Schwierigkeiten des Begleitungsspiels nicht unterschätzen. Hierzu bedarf es nicht nur großer technischer Sicherheit, die einfach unerlässlich ist, sondern auch einer intuitiven Fähigkeit des Anschmiegens, die Klavier und Gesang erst zu einer innigen Verschmelzung gelangen lassen.

Die bekannte Karlsruher Pianistin Vertha Weill unternahm am Dienstagabend in der Eintracht unter Mitwirkung von Fräulein Rose Pauli vom Landes-Theater vor einer ansehnlichen, beifallsstürmigen Zuhörerschaft. Im Mittelpunkt der Vortragsfolge standen eine Reihe älterer, reizender Klavierstücke von Scarlatti, Durante, Couperin und die Grottasen von Beethoven. Sein geschliffenes, klar und durchsichtig, mit dem hellen Klang, der diesen Kompositionen eigen, wurden sie dargeboten. Mit Bizet's

Die wesentlichen Teile des Antrages der Opposition wurden in das Vertrauensvotum übernommen. Das Gesamtresultat des Parteitages scheint dem „Berliner Tageblatt“ folgendes zu sein:

„Die Haltung, die die Partei während der Reichstagsfraktion eingenommen hat, und die auf dem Parteitag eine freimütige Kritik erfahren hat, fand außerhalb der Reichstagsfraktion kaum einen Verteidiger. Dr. Rathenau ist, wie Dornburg feststellte, nach dem Willen des Parteitages berechtigt, in die Regierung wieder einzutreten, falls ein Ruf an ihn ergeht. Und für das Verhalten zur Deutschen Volkspartei dürfte in Zukunft mehr die Zurückhaltung der Landtagsfraktion, als die Nachgiebigkeit der Reichstagsfraktion maßgebend sein. Voraussichtlich wird eine nahe Zukunft bereits zeigen, ob die Parteileitung Petersen-Erkelen den Kurs einhält, der der beschlossenen Formel entspricht und der den Zusammenhalt der Partei verbürgt.“

Das demokratische „Leipziger Tageblatt“ behauptet, daß die bisherige Führung der Demokratischen Partei zu wenig Beständigkeit gehabt habe für die Notwendigkeit wirtschaftlicher Demokratie. Aus der Erkenntnis dieses Mangels sei bei vielen Demokraten im Lande die Sorge vor zu starker Anlehnung an die Deutsche Volkspartei entstanden, und so erwuchs die in Bremen zutage tretende Krise. „Die ist jetzt wieder behoben, aber die Tatsache, daß man Dr. Petersen zwar wieder zum Parteivorstand ernannte, den bisher vor ihm ebenfalls innegehabten Posten des Vorsitzendes des Parteivorstandes jedoch mit Erkelenz besetzte, zeigt, daß man in der Partei sich ein Abgleiten von der alten Richtung nicht nur verhindern, sondern zielbewußt den Kurs der wirtschaftlichen Demokratie steuern will.“

Das führende Blatt der Zentrumsfraktion, die „Germania“, faßt den Einbruch, den der Parteitag auf eine Nachbarpartei gemacht hat, so zusammen: „Die Aussprache hat sodann zu der Annahme eines Kompromisses geführt, das in einer Entschließung gipfelte, die zwar der demokratischen Reichstagsfraktion das Vertrauen der Partei ausdrückt, aber daran gewisse Einschränkungen und Mahnungen knüpft. Besonders bezeichnend für die Lage in der Demokratischen Partei ist die Tatsache, daß anstelle des bisherigen Parteivorstandes Petersen der Abgeordnete Erkelenz gewählt worden ist. Dieser Letztere gehört der Richtung der Demokratischen Partei an, die für ein Verbleiben der Demokraten in der Reichsregierung und gegen den Rücktritt der damal. Reichsregierung eingetreten war. . . . Demerksenswert ist schließlich noch die auf dem Parteitag vertretene Meinung, daß man nach der Aussprache auf diesem Parteitag hoffen dürfe, daß Rathenau bereit sein werde, wenn er gebeten würde, wieder in die Reichsregierung einzutreten. Wir würden den Wiedertritt Dr. Rathenaus in die Reichsregierung begrüßen und bebauern nur, daß die unklare und schwankende Haltung der Demokraten überhaupt erst seinen Rücktritt erforderlich gemacht hat.“

Kurze polit. Nachrichten.

* Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Entwurf des Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, der als Norm die 48stündige Arbeitswoche festlegt. Die Arbeitgeber lehnen die gesetzliche Festlegung des achtstündigen Arbeitstages ab. Sie befürchten eine Schädigung der Wirtschaft. Die Arbeitnehmer stimmen mit den Arbeitgebern in der Ansicht überein, daß auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten weitgehende Rücksicht genommen werden müsse. Der Achtstundentag bedeute aber keine Schädigung der Wirtschaft. Von Regierungseite wurde ein Gegenschwur für die Angestellten für bald in Aussicht gestellt.

* Über die Frage der Kredithilfe. Dem Ver „Z.“ zufolge fand am Freitag eine Besprechung zwischen den Ausschüssen der Banken und des Reichswirtschaftsrates der deutschen Industrie über die Kreditation statt. Es wurde beschlossen, dem Reichslanzler Wirth ein Schreiben zu überreichen, in dem die Berechtigung des Reichswirtschaftsrates, gegen das Industrieangebot auf Kredithilfe Stellung zu nehmen.

* Stimmes bei Lloyd George. Die Pariser Zeitungen lassen sich aus London berichten, daß sich Lloyd George bereit erklärt habe, Hugo Stimmes zu empfangen. Im Zusammenhang damit will die „Liberte“ erfahren haben, daß sich Lloyd George die Auffassung englischer Wirtschaftspolitiker zu eigen gemacht habe. Das einzige Mittel sowohl zur Behebung der englischen Wirtschaftskrise, wie auch der wirtschaftlichen Gefährdung der ganzen Welt, sei die Aufhebung der Schulden der Alliierten untereinander und die Neuordnung der deutschen Reparationslasten. Gleichzeitig läßt sich die „Chicago Tribune“ aus Washington melden, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten

in Abseht von ihrer bisherigen Haltung einer Verminderung der deutschen Zahlungsverpflichtungen nicht abgeneigt sei.

Weitere Ausschreitungen in Berlin. Am Samstag kam es wieder an verschiedenen Stellen in Berlin zu Ausschreitungen und Plünderungen. U. a. wurde ein Protowagen vollständig ausgeplündert. In einem Tuchladen wurden Tuche gestohlen und in einer Bäckerei die wertvolle Schaufensterverkleidung zertrümmert und für 5000 M. Waren entwendet. Andere Zusammenrottungen konnten noch rechtzeitig auseinandergeprengt werden.

Badische Uebersicht.

Spanische Schwindelbriefe.

In letzter Zeit tauchen da und dort die spanischen Schwindelbriefe wieder auf. Ein Ungenannter schreibt, er sei wegen Bankrotts in Madrid inhaftiert, bei einem deutschen Bankhause habe er aber noch 350 000 Schweizer Franken deponiert, die Dokumente darüber befänden sich in einem Geheimfach seines beschlagnahmten Reisegepäcks. Wenn der Adressat nach Spanien komme und Reisekosten und Strafe des Schreibers bezahle, so bekomme er die Hälfte der 350 000 Franken. Der Adressat wird aufgefordert, sein Kommen durch ein Telegramm an eine spanische Adresse anzufangen.

Es wird dringend davor gewarnt, sich auf diesen Schwindel irgendwie einzulassen und empfohlen, derartige Briefe der zuständigen Staatsanwaltschaft zu übermitteln.

Eisenbahn-Verkehrssperren.

Sendungen für Station Ludwigshafen Anilinfabrik sind von Sperre Ludwigshafen ausgenommen. Aufgehoben wird Annahmesperre für Frachtgut nach Köln Gereon Ort und Übergang.

DZ. Offenburg, 18. Nov. Auf der 56. Kreisversammlung des Kreises Offenburg, die unter dem Vorsitz des Rechtsanwaltes Bestler abgehalten wurde, berichtete der Kreisvorsitzende, Golberich, über die allgemeine Geschäftslage des Kreises. Die Kreisverwaltung sei durch die Anstellung eines Kreissekretärs ausgebaut worden. Die finanziellen Verhältnisse des Kreises hätten sich gegen früher von Grund auf geändert, da nach dem Badischen Verteilungsgesetz die Kreise von den Gemeinden anstelle der Kreisumlage bestimmte Beträge erhalten und im übrigen eine Kreisumlage nur bis zum Höchstfusse von 20 Pf. bei 100 M. Steuerwert zulässig sei. Die Kreisanstalt Fuchsbad habe unter der allgemeinen Teuerung besonders zu leiden. Für die Landarmenpflege, über die Rechtsanwält Bestler berichtete, müßten 450 000 M. aufgewendet werden, gegen 280 000 M. im Vorjahre. Die Armenpflege für in der Schweiz befindliche Arme des Kreises ergeben eine Schuld von über 400 000 Franken, die aber bis zum Jahre 1925 gesundet worden sei. In der Säuglingspflege sind vier neue Schwestern angestellt worden. Für landwirtschaftliche Bedürfnisse sind 111 000 M. vorgesehen. Der Gesamtvoranschlag sieht Einnahmen in Höhe von 831 447 M. und Ausgaben in Höhe von 2 494 767 M. vor, so daß ein Fehlbetrag von 1 563 220 M. durch Umlage gedeckt werden muß. Der Kreisrat erbat sich im Prinzip damit einverstanden, daß im nächsten Jahre eine landwirtschaftliche Winterschule für das obere Kinzigtal eingerichtet wird. Die Schule wird untergebracht werden auf dem Hofgut Gschützberg.

Staatsanzeiger.

Erhöhung der Güter- und Tierartife.

Um die großen Mehrausgaben zu decken, die der Reichseisenbahnverwaltung aus der mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921 eingetretener Erhöhung der Gehälter und Löhne, sowie aus den aufs neue gestiegenen und noch weiter steigenden Preisen für alle Bedarfsstoffe erwachsen, ist eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen der Reichseisenbahnverwaltung erforderlich. Infolgedessen hat der Herr Reichsverkehrsminister in Anbetracht der gebotenen Eile auf 1. Dezember d. J. eine weitere allgemeine Erhöhung der zurzeit geltenden Güter- und Tierartife einschließlich der Mindest- und Sonderfrachttarife, der örtlichen Gebühren (Bahnhöfe, Abfuhr- und Stellgebühren), sowie der Nebengebühren verfügt. Nähere Auskunft erteilt das Gütertarifbüro der Eisenbahn-Generaldirektion.

Die Privatbahnen sind ermächtigt, auf ihren Strecken die gleiche Erhöhung durchzuführen, die von ihnen eingeführten besonderen Zuschläge bleiben hieron unberührt. Die verkürzte Veröffentlichungsfrist beruht auf der vorübergehenden Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrsordnung (Reichsgesetzblatt 1914 S. 455). Die Arbeiten zur organischen Umgestaltung der Güter- und Tierartife mit dem Ziel einer stärkeren Staffelung auf weitere Entfernungen, wie dies auch in der letzten Sitzung des Bad. Eisenbahnrates einstimmig verlangt worden ist, werden fortgesetzt.

Dem Münchener Baritonisten Fritz Feinhals geht der Ruf eines erstklassigen Sängers voraus. Von Gattspielen an der hiesigen Oper ist er weiters bestens bekannt. Auch als Liedsänger weiß er stark zu interessieren. Seine Stimme weckte mit ihrem männlichen, ritterlichen Klang den ganzen romantischen Zauber der Schumannlieder. Von Thule sang er „Waldeinsamkeit“, eine etwas unbeholfen und breit angelegte Komposition, die den Eindruck hinterläßt, als wenn es dem Komponisten nicht gelungen, sich ganz auszuspochen. Von Bizet wurde das Lied mit großer Wärme und leidenschaftlichem Ausdruck gesungen. Die Wärme, die Kraft und sonore Fülle, die dem Sänger zur Verfügung stehen, machen ihn auch zu einem padenden Wolf- und Strauß-Interpreten. Mit dem Bahnmusikologen und der Schlussansprache des Hans Sachs aus den „Meisterfingern“ betrat Feinhals sein ureigenstes Gebiet. Auch im Konzertsaal ging von diesen Vorträgen eine starke Wirkung aus, weil sie mit dem restlosen Einsatz einer großen künstlerischen Persönlichkeit gestaltet wurden. Vorzüglich war die Begleitung von Professor Caspar Schmid, der bei aller gebotenen Zurückhaltung doch mit Temperament und Eingabe, mit seinem Gefühl für das rhythmische Leben die Vieder mit echter Musikalität erfüllte.

Sehr zu begrüßen war die Wiederholung von Deetlebens „Missa solemnis“ für die Mitglieder der Theatergemeinde. Die Festhalle erfreute sich eines starken Besuches. Musikdirektor Anton Rudolf wußte durch warme, von Herzen kommende Worte die Herzen der Zuhörerschaft zu der Stimmung zu erschließen, die Vorbereitung für eine rühmlichste Eingabe an die Größe und Feinheit dieser einzigartigen Kondition ist. Die Ausführung selbst unter Leitung von Fritz Cortolegis in derselben Besetzung wie in der Herbstwoche stand auf ansehnlicher Höhe.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Jagdhub betr.
Karl Quenzer, wohnhaft in Sulach, Hauptstr. Nr. 131, wurde am 15. November 1921 als Hirsjagdhüter des Jagdreviers III der Gemarkung Karlsruhe verpflichtet. Karlsruhe, den 15. November 1921. 3.795
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.-3-173

Den Schutz der Brunnen und künftigen Wasserleitungen betr.
Nachstehende Bestimmung der am 30. März 1912 erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift (§ 6) wird in Erweiterung gebracht: 3.796
Bei Eintritt der kälteren Jahreszeit sind sämtliche Privatbrunnen sowie die Wasserleitungsrohre, soweit sie freiliegen, durch geeignete Mittel vor dem Einfrieren zu schützen (Umhüllen mit Wärmeschutzmitteln). Karlsruhe, den 15. November 1921.
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. D.-3-175

Grundstücks-Zwangsvorsteigerung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Ab-Nr. 6601 a: 4 a 08 qm Hofreite mit Gebäuden Gelsheimstr. 3a. Schätzung: 65.000 M.
Vorsteigerungstermin: Dienstag, den 10. Januar 1922, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Kaiserstr. 184 (Sindenburghaus). 3.708
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 11. November 1921.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Badisches Landestheater.
Montag, 21. Nov. 7-9 Uhr. Mk. 9.—
III. Sinfoniekonzert des Bad. Landestheater-Orchesters. Leitung: Fritz Cortolozis. Solistin: Edith Lorand-Berlin.
Dienstag, den 22. November 1921.
Landestheater. **Konzerthaus.**
7 - n. 1/10 Uhr Mk. 25 7 bis nach 1/10 Uhr
Th.-Gem. B.V.B. **Volksbühne C 4**
alle Nummern über 3250. **Der zerbrochene Krug.**
Martha oder **Der eingebildete Kranke.**
Der Markt von Richmond.

Häuser

und **Geschäfte**, teils beziehbare, stets zu verkaufen. **M. Busam, Herrenstr. 35**

Bräuereigesellschaft vormals G. Moninger, Karlsruhe.
Hierdurch laden wir unsere Aktionäre zu der am **Samstag, 17. Dezbr. 1921, vormittags 11 Uhr,** im Sitzungszimmer des Bankhauses **Zeit & Domburger** hier, Karlsruh. Nr. 11, stattfindenden **32. ordentlichen General-Versammlung** ergeben ein.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1920/1921 und Genehmigung des Rechnungsabchlusses.
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes u. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Aufsichtsratswahl.
Diejenigen Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben gemäß § 20 der Statuten ihre Aktien spätestens bis **Mittwoch, den 14. Dezember 1921, 1 Uhr** mittags, entweder bei der

Gesellschaftskasse, oder bei den hiesigen Bankhäusern **Rheinische Kreditbank, Filiale Karlsruhe, Strauß & Co., Zeit & Domburger**, zu hinterlegen, wogegen eine Eintrittskarte zur Generalversammlung ausgefolgt wird.
Anstelle der Aktien kann auch die Bescheinigung eines Notars über die bei diesem deponierten Aktien bei dem Vorstände hinterlegt werden. 3.782
Karlsruhe, 19. Nov. 1921.
Der Aufsichtsrat.
Dr. Friedr. Weill.

3.322. Bfkl. über den Nachlaß des Mechanikers **Karl Hauser** in Wühl wurde auf Antrag der Erben heute am 18. November 1921, vormittags 8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist. Der Rechtsagent **Karl Gschift** in Wühl wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. Dezember 1921 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Verbeihaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Mittwoch, den 14. Dezember 1921, nachmittags 5 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schululdig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 9. Dezember 1921 Anzeige zu machen. 3.797
Bad. Amtsgericht.

Bodensteuergütertarif.
Auf 1. Dezember 1921 wird der Tarif neu ausgearbeitet. Er enthält neue Bestimmungen und Frachttarife für die Beförderung von Gütern, lebenden Tieren und von Kleintieren aufgegebenen Fahrzeugen auf dem Bodensee. Durch die Neuausgabe wird der Tarif vom 1. Mai 1919 samt Nachträgen I und II aufgehoben. 3.797
Karlsruhe, 18. Nov. 1921.
Eisenbahn - Generaldirektion.
Bahnsteigperr.
Am 1. Dezember 1921 wird auf den Stationen der Strecke **Stuppenheim - Eisenbahn - Generaldirektion** die Bahnsteigperr eingeführt. Auf der Fortsetzung dieser Strecke, von **Au (Murgtal)** bis zur Endstation **Naumünzach** ist die Bahnsteigperr schon am 12. Juni d. Js. durchgeführt, so daß ab 1. Dezember 1921 die Bahnsteigperr auf sämtlichen Stationen der Murgtalbahn besteht. Die näheren Bestimmungen über die Bahnsteigperr sind auf den genannten Stationen angeschlagen. 3.798
Karlsruhe, 18. Nov. 1921.
Eisenbahn - Generaldirektion.

Deutsche Eisenbahntarife.
Ab 1. Dezember d. Js. werden die Frachttarife, die Mindest- und Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren, (Wahnschiffahrt, Überfuhr-, Stellengebühren usw.) sowie die Nebengebühren im Güter- und Tierverkehr um 50 v. H. erhöht; die Stellengebühr und Umstellgebühr beträgt künftig 8 M. für 1 Wagen Kohnen und 8,50 M. für sonstige Güter.
Die im deutschen Eisenbahn-Personal- und Gepäcktarif Teil I, vorgesehenen entsprechenden Nebengebühren wie Zollvorführungsgebühren, Wägegebühren, Gebühren für nachträgliche Verfügungen und Unbestellbarkeitsmeldungen werden im gleichen Ausmaß erhöht.
Im badischen Wonnegürtel, Teil II Abteilung 1, betragen künftig: Die

Einfaßfrachten für Rheinuafen je 100 kg für Kohlen 19 Pf., für übrige Güter 20 Pf., die Ladegebühren im Bodensee-Verkehr für 100 kg 4 M., die Gebühr für Verwägen eines Ladewagens 4,50 M., für Beihilfe beim Laden 15 M. für den Arbeiter und die Stunde.
Die entsprechenden Tarife werden auf 1. Dezember d. Js. ergänzt.
Nähere Auskunft erteilt unser Gütertarifbüro.
Die verkürzte Veröffentlichungsbefreiung auf der vorübergehenden Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrsordnung (Reichs-Gesetzblatt 1914 Seite 455). 3.799
Karlsruhe, 18. Nov. 1921.
Eisenbahn - Generaldirektion.

Erstellung der Entwässerungsanlage für die Erweiterung der Wohnkolonie B (Neu B) in Galligen. Gem. Finanzministerial-Berordnung vom 3. Jan. 1907 Grad. und Bauarbeiten, Tiefen und Verlegen von Zementrohren zu vergeben. Bedingungen unterliegen eingesehen bei der Bahnhofsverwaltung Leopoldshöhe. Abgabe der Angebote verbleiben, portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenda bis spätestens 30. November 1921, 9 Uhr vormittags. Zuschlagsfrist 14 Tage. 3.753
Badel, 14. Nov. 1921.
Bahninspektion.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden. 3.744
Handelsregister
Abt. A Band II O.-3. 547
Firma **Franz Rauch** in Singheim. Inhaber ist **Schmidmeister Franz Rauch** in Singheim.
Baden, 9. Nov. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bruchsal. 3.737
Handelsregister
Abt. A Band II O.-3. 141 zu Firma **Joseph Schmitt**, Cigarrenfabrik in Bruchsal: Die Firma ist erloschen.
Bruchsal, 10. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Bruchsal. 3.738
Handelsregister
Abt. A Band II O.-3. 190: Firma **Johannes Gehler**, Cigarrenfabrik in Untergrombach. Inhaber ist **Johannes Gehler**, Cigarrenfabrikant in Untergrombach.
Bruchsal, 10. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Donauwörth. 3.755
In das Handelsregister B wurde heute eingetragen zur Firma **Dampfwerk Wolterdingen und Mähringen G.m.b.H.** in Wolterdingen: Geschäftsführer **Ludwig Sted** in Wolterdingen ist ausgeschieden; an dessen Stelle wurde **Richard Frick Schiele** in Wolterdingen bestellt.
Donauwörth, den 11. November 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Emmendingen. 3.745
In das Handelsregister A Band I wurde zu O.-3. 56 Seite 111 Firma **Karl Segauer**, Teningen eingetragen: Das Geschäft „Kunstmühle“ ist auf **Karl Robert Segauer**, Handelsmüller in Teningen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt, übergegangen.
Emmendingen, den 12. November 1921.
Amtsgericht.

Karlsruhe. 3.809
In das Handelsregister B Band VI O.-3. 57 ist zur Firma **Käsmaschinenfabrik Karlsruhe** vormals **Sab & Hen**, Karlsruhe eingetragen: Die Prokura des **August Neufuß** ist erloschen.
Karlsruhe, 16. Nov. 1921.
Badisches Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. 3.812
In das Handelsregister A zu Band IV O.-3. 265 zur Firma **Karl Stelzer**, Karlsruhe: Offene Handelsgesellschaft. **Karl Stelzer**, Kaufmann, Donauwörth ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.
Zu Band VII O.-3. 29 zur Firma **Trunzer & Koppel**, Karlsruhe: Kaufmann **Leo Koppel** ist aus dem Geschäft ausgeschieden. **Wald-**

Wald- fagnis, die Gesellschaft selbständig zu vertreten. Karlsruhe, 16. Nov. 1921.
Badisches Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. 3.811
In das Handelsregister B Band III O.-3. 28 ist zur Firma **Karlsruher Parfümerie- und Toilettefabrik J. Wolff & Sohn**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe eingetragen: In der Gesellschafterversammlung vom 26. Oktober 1921 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert und der jetzige Gesellschaftsvertrag durch den in dieser Versammlung neu aufgestellten erhebt. Gegenstand des Unternehmens ist hiernach: Die Herstellung und der Vertrieb von Parfümerien und Feinseifen mit allen Nebenbetrieben. Die Gesellschaft darf andere Handelsunternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und alle in das Gebiet der Parfümerie- und Feinseifenfabrikation oder ähnlicher Unternehmen fallenden Handelsgeschäfte betreiben. Als Geschäftsführer sind bestellt: **Friedrich Wolff**, Fabrikant, **Georg Wolff**, Fabrikant und **Fritz Wolff**, Fabrikant, alle in Karlsruhe. Bei dem Geschäftsführer **Friedrich Wolff** kommt der jetzige Zusatz „junior“ künftig in Wegfall. Jeder dieser Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft allein. Die Gesellschaft kann weitere Geschäftsführer stellvertretende Geschäftsführer und Prokuristen ernennen, welche die Gesellschaft nur gemeinsam mit einem anderen Geschäftsführer, stellvertretenden Geschäftsführer oder Prokuristen vertreten. In einer weiteren Gesellschafterversammlung vom gleichen Tag ist das Stammkapital um **10.000.000 M.** erhöht und der § 3 des Gesellschaftsvertrages entsprechend dieser Erhöhung geändert worden.
Karlsruhe, 16. Nov. 1921.
Badisches Amtsgericht B. 2.

Karlsruhe. 3.812
In das Handelsregister A zu Band IV O.-3. 265 zur Firma **Karl Stelzer**, Karlsruhe: Offene Handelsgesellschaft. **Karl Stelzer**, Kaufmann, Donauwörth ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.
Zu Band VII O.-3. 29 zur Firma **Trunzer & Koppel**, Karlsruhe: Kaufmann **Leo Koppel** ist aus dem Geschäft ausgeschieden. **Wald-**

Wald- tekt **Hermann Trunzer** und **Kaufmann Fritz Schmidt**, Karlsruhe sind als persönlich haftende Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Die Firma ist geändert in **Wald-Trunzer & Co.**
O.-3. 55: Firma und Sitz: **Hermann Cohen**, Karlsruhe: Einzelkaufmann: **Hermann Cohen**, Kaufmann, Karlsruhe. (Nahrungswarenhandlung.)
O.-3. 56: Firma und Sitz: **Franz Riegel & Co.**, Karlsruhe. Persönlich haftende Gesellschafter: **Franz Riegel**, Schneidermeister, Karlsruhe und **Ludwig Erwin Kohn**, Kaufmann daselbst. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Oktober 1921 begonnen. (Damen- und Herrenmähmaschinenerei.)
O.-3. 57: Firma und Sitz: **„Oceania“ Comptoir International Exportation Leopold Müller**, Karlsruhe. Einzelkaufmann: **Leopold Müller**, Kaufmann, Weingarten.
O.-3. 58: Firma und Sitz: **Pro Veritate Christliche Buchhandlung G. Albert Gildenbrand**, Karlsruhe. Einzelkaufmann: **Emil Albert Gildenbrand**, Kaufmann, Karlsruhe.

Konstanz. 3.772
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 156, Firma **Handels- und Jüngerhirs Gbr. Gänsewein Kommanditgesellschaft** Konstanz: Die an **August Gänsewein** erteilte Prokura ist auf den Betrieb der Hauptniederlassung beschränkt.
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 75, Firma **Süddeutsches Handelsniederlage Eugen Sauter & Co. Kommanditgesellschaft** in Konstanz: Die Firma ist erloschen ebenso die an **Raz Anton Hammer** erteilte Prokura.
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 116, Firma **Gustav Weber**, Zigarrenfabrik in Konstanz: Die an **Raul Döring**, Kaufmann in Emmendingen erteilte Prokura ist erloschen.
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 152, Firma **Waldbacher und Wehrle, Fischhändler** in Allensbach: **Fischhändler Adolf Gropp** in Rieddorf O. A. Rogg ist als persönlich haftender Gesellschafter in die offene Handelsgesellschaft eingetreten und die Firma geändert in **Fischhandelsgesellschaft Allensbach** bei Konstanz Inhaber **Gropp**, **Rahlbacher** und **Wehrle**.
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 178: Die Firma **Matthias Schmitt, elektr. Installationsgeschäft** in Konstanz. Inhaber ist **Elektromonteur Matthias Schmitt** in Kreuzlingen.

Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 38, Firma **Metallindustrie G. m. b. H.** in Konstanz: Die Satzungen wurden am 27. September 1921 geändert. Gegenstand des Unternehmens ist nun der Handel mit Waren aller Art auf dem Gebiete der Elektrizität und der Verfertigung solcher Waren. Das Stammkapital wurde um **50.000 M.** erhöht.
Konstanz, 16. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Lahr. 3.773
Handelsregister
Abt. A Band II O.-3. 63: **Wadeke, Badische Delikatessen- und Konfektfabrik Erich Schloßhauer** in Lahr, wurde heute eingetragen: Die Prokura des **Otto Jäger** in Lahr ist erloschen. Dem **Kaufmann Reinhold Komod** in Lahr ist Einzelprokura erteilt.
Lahr, 16. November 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Lahr. 3.774
Handelsregister
Abt. A Band II O.-3. 77 wurde heute eingetragen: Firma **Wilhelm Wernet** in Lahr. Inhaber: **Kaufmann Wilhelm Wernet** in Lahr. Geschäftszweig: **Commissions- und Agentengeschäft** in überseeischen Rohstoffen.
Lahr, 14. November 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Lahr. 3.775
Handelsregister
Abt. A Band II O.-3. 68, Firma **Lahrer Eisenmühlerei Peter van Knippenberg** vorn. **Hager u. van Knippenberg** in Lahr wurde heute eingetragen: Die Firma ist geändert in: **Lahrer Eisenmühlerei Fabrikant Julius Morin** in Lahr ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 18. Oktober 1921 begonnen.
Lahr, 9. November 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Wörth. 3.746
Handelsregister
Abt. A Band IV O.-3. 35, **Gebr. Wöhling, Bank, Wörth**: Den **Kaufleuten Erich Wöhling** u. **Raul Schwanze** in Basel ist Prokura in der Weise erteilt, daß sie in Gemeinschaft mit einem andern Prokuristen oder einem Handlungsbevollmächtigten zur Vertretung und Zeichnung der Firma der Gesellschaft berechtigt sind.
Wörth, 14. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Staufen. 3.748
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 53, Firma **G. Neumeyer Knappig** in Heitersheim wurde eingetragen: Firma lautet jetzt: **G. Neumeyer** in Heitersheim. Inhaber: **Robert Anton Neumeyer** Kaufmann in Heitersheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers wurde bei dem Erwerb des Geschäfts durch den neuen Inhaber abgeschlossen.
Staufen, 15. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Willingen. 3.758
Unter O.-3. 374 des diesseitigen Handelsregisters Abt. A wurde heute eingetragen: Firma **Korban und Salinenhotel Korber & Cie.** in Bad Dürheim. Inhaber sind: **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Walter in Bad Dürheim**, **Robert Walter**, Kaufmann in Rehl, **Alfred Schott**, Kaufmann in Rehl. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.
Willingen, 14. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. 3.459
In das Handelsregister B Band I wurde unter O.-3. 17 eingetragen: Firma **Ludwig Traunspurger**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldorf. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Fabrikation mit Fahrzeugen, Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bienenmait, Erbsen- und Zubehörsachen. Stammkapital **25.000 M.** Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 1921. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer **Ludwig Traunspurger**, Kaufmann in Waldorf. Nicht eingetragen wird veröffentlicht: Genehmigungen der Gesellschaft auf den Schluß eines Kalenderjahres verlan-

Staufen. 3.748
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 53, Firma **G. Neumeyer Knappig** in Heitersheim wurde eingetragen: Firma lautet jetzt: **G. Neumeyer** in Heitersheim. Inhaber: **Robert Anton Neumeyer** Kaufmann in Heitersheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers wurde bei dem Erwerb des Geschäfts durch den neuen Inhaber abgeschlossen.
Staufen, 15. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Willingen. 3.758
Unter O.-3. 374 des diesseitigen Handelsregisters Abt. A wurde heute eingetragen: Firma **Korban und Salinenhotel Korber & Cie.** in Bad Dürheim. Inhaber sind: **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Walter in Bad Dürheim**, **Robert Walter**, Kaufmann in Rehl, **Alfred Schott**, Kaufmann in Rehl. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.
Willingen, 14. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. 3.459
In das Handelsregister B Band I wurde unter O.-3. 17 eingetragen: Firma **Ludwig Traunspurger**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldorf. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Fabrikation mit Fahrzeugen, Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bienenmait, Erbsen- und Zubehörsachen. Stammkapital **25.000 M.** Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 1921. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer **Ludwig Traunspurger**, Kaufmann in Waldorf. Nicht eingetragen wird veröffentlicht: Genehmigungen der Gesellschaft auf den Schluß eines Kalenderjahres verlan-

Staufen. 3.748
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 53, Firma **G. Neumeyer Knappig** in Heitersheim wurde eingetragen: Firma lautet jetzt: **G. Neumeyer** in Heitersheim. Inhaber: **Robert Anton Neumeyer** Kaufmann in Heitersheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers wurde bei dem Erwerb des Geschäfts durch den neuen Inhaber abgeschlossen.
Staufen, 15. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Willingen. 3.758
Unter O.-3. 374 des diesseitigen Handelsregisters Abt. A wurde heute eingetragen: Firma **Korban und Salinenhotel Korber & Cie.** in Bad Dürheim. Inhaber sind: **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Walter in Bad Dürheim**, **Robert Walter**, Kaufmann in Rehl, **Alfred Schott**, Kaufmann in Rehl. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.
Willingen, 14. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. 3.459
In das Handelsregister B Band I wurde unter O.-3. 17 eingetragen: Firma **Ludwig Traunspurger**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldorf. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Fabrikation mit Fahrzeugen, Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bienenmait, Erbsen- und Zubehörsachen. Stammkapital **25.000 M.** Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 1921. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer **Ludwig Traunspurger**, Kaufmann in Waldorf. Nicht eingetragen wird veröffentlicht: Genehmigungen der Gesellschaft auf den Schluß eines Kalenderjahres verlan-

Staufen. 3.748
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 53, Firma **G. Neumeyer Knappig** in Heitersheim wurde eingetragen: Firma lautet jetzt: **G. Neumeyer** in Heitersheim. Inhaber: **Robert Anton Neumeyer** Kaufmann in Heitersheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers wurde bei dem Erwerb des Geschäfts durch den neuen Inhaber abgeschlossen.
Staufen, 15. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Willingen. 3.758
Unter O.-3. 374 des diesseitigen Handelsregisters Abt. A wurde heute eingetragen: Firma **Korban und Salinenhotel Korber & Cie.** in Bad Dürheim. Inhaber sind: **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Walter in Bad Dürheim**, **Robert Walter**, Kaufmann in Rehl, **Alfred Schott**, Kaufmann in Rehl. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.
Willingen, 14. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. 3.459
In das Handelsregister B Band I wurde unter O.-3. 17 eingetragen: Firma **Ludwig Traunspurger**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldorf. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Fabrikation mit Fahrzeugen, Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bienenmait, Erbsen- und Zubehörsachen. Stammkapital **25.000 M.** Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 1921. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer **Ludwig Traunspurger**, Kaufmann in Waldorf. Nicht eingetragen wird veröffentlicht: Genehmigungen der Gesellschaft auf den Schluß eines Kalenderjahres verlan-

Staufen. 3.748
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 53, Firma **G. Neumeyer Knappig** in Heitersheim wurde eingetragen: Firma lautet jetzt: **G. Neumeyer** in Heitersheim. Inhaber: **Robert Anton Neumeyer** Kaufmann in Heitersheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers wurde bei dem Erwerb des Geschäfts durch den neuen Inhaber abgeschlossen.
Staufen, 15. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Willingen. 3.758
Unter O.-3. 374 des diesseitigen Handelsregisters Abt. A wurde heute eingetragen: Firma **Korban und Salinenhotel Korber & Cie.** in Bad Dürheim. Inhaber sind: **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Walter in Bad Dürheim**, **Robert Walter**, Kaufmann in Rehl, **Alfred Schott**, Kaufmann in Rehl. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.
Willingen, 14. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. 3.459
In das Handelsregister B Band I wurde unter O.-3. 17 eingetragen: Firma **Ludwig Traunspurger**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldorf. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Fabrikation mit Fahrzeugen, Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bienenmait, Erbsen- und Zubehörsachen. Stammkapital **25.000 M.** Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 1921. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer **Ludwig Traunspurger**, Kaufmann in Waldorf. Nicht eingetragen wird veröffentlicht: Genehmigungen der Gesellschaft auf den Schluß eines Kalenderjahres verlan-

Staufen. 3.748
Handelsregister
Abt. A Band I O.-3. 53, Firma **G. Neumeyer Knappig** in Heitersheim wurde eingetragen: Firma lautet jetzt: **G. Neumeyer** in Heitersheim. Inhaber: **Robert Anton Neumeyer** Kaufmann in Heitersheim. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers wurde bei dem Erwerb des Geschäfts durch den neuen Inhaber abgeschlossen.
Staufen, 15. Nov. 1921.
Amtsgericht.

Willingen. 3.758
Unter O.-3. 374 des diesseitigen Handelsregisters Abt. A wurde heute eingetragen: Firma **Korban und Salinenhotel Korber & Cie.** in Bad Dürheim. Inhaber sind: **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Emil Korber**, Kaufmann in Bad Dürheim, **Walter in Bad Dürheim**, **Robert Walter**, Kaufmann in Rehl, **Alfred Schott**, Kaufmann in Rehl. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. November 1921 begonnen.
Willingen, 14. Nov. 1921.
Bad. Amtsgericht I.

Wiesloch. 3.459
In das Handelsregister B Band I wurde unter O.-3. 17 eingetragen: Firma **Ludwig Traunspurger**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldorf. Gegenstand des Unternehmens ist Handel und Fabrikation mit Fahrzeugen, Maschinen, Kraftfahrzeugen, Bienenmait, Erbsen- und Zubehörsachen. Stammkapital **25.000 M.** Gesellschaftsvertrag vom 27. Oktober 1921. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. Geschäftsführer **Ludwig Traunspurger**, Kaufmann in Waldorf. Nicht eingetragen wird veröffentlicht: Genehmigungen der Gesellschaft auf den Schluß eines Kalenderjahres verlan-